

Freiwilligendienste jetzt!



POSITIONEN DER VERBANDLICHEN ZENTRALSTELLEN

FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

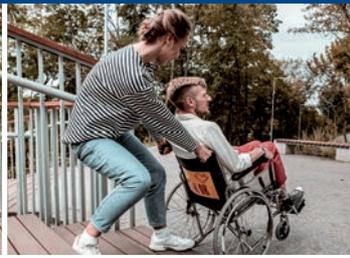
Freiwilligendienste sind ein Erfolgsmodell und ein Gewinn für Engagierte, Einsatzstellen und die Gesellschaft. Jahr für Jahr entscheiden sich bis zu 100.000 zumeist junge Menschen für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), einen Bundesfreiwilligendienst (BFD), ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder einen Internationalen Freiwilligendienst.

Freiwillige übernehmen Verantwortung für sich und andere und stärken damit die Basis für ein demokratisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Das solidarische Füreinander sowie der Grundsatz der Freiwilligkeit bilden dabei die Basis. Grundlage hierfür ist das bewährte Trägerprinzip in zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Freiwilligendienste sind angewiesen auf eine auskömmliche Finanzierung

und benötigen politische Rahmenbedingungen, die Demokratie stärken und sozialen Zusammenhalt fördern. Dies hat die von jungen Menschen initiierte Petition „Freiwilligendienst stärken“ 2023 eindrucksvoll belegt: <https://fwd-staerken.de/petition/>

Recht auf Engagement - Recht auf einen Freiwilligendienst

Als Verbände aus der Zivilgesellschaft fordern wir eine gesetzliche Garantie und ein Recht auf Freiwilligendienst. Das heißt, dass jede Vereinbarung, die zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen zustande kommt, auskömmlich finanziert wird.



Aus jeder geschlossenen Vereinbarung für einen (erstmaligen) Freiwilligendienst im In- oder Ausland muss ein Rechtsanspruch auf ausreichende Förderung erwachsen. Damit macht das Recht auf einen Freiwilligendienst eine Dienstpflicht überflüssig:

<https://www.rechtauffreiwilligendienst.de/>

Dem vielfach belegten Informationsdefizit über Freiwilligendienste müssen wir aktiv begegnen. Ein Schreiben des*der Bundespräsidenten*in mit Informationen über Beratungsangebote der Träger könnte alle Schulabgänger*innen dazu einladen, sich bewusst für einen Freiwilligendienst zu entscheiden. Damit kann eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit gelebte Realität werden. Digitale verbändeübergreifende Informationsplattformen müssen außerdem verlässlich finanziert und in Sichtbarkeit und Gestaltung gestärkt werden.

- **Rechtsanspruch auf auskömmliche Förderung jeder Freiwilligenvereinbarung**
- **Einladendes Informationsschreiben der/des Bundespräsidenten*in an jede*n Schulabgänger*in**

Eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung ermöglicht mehr Freiwilligenplätze - und damit das Engagement der Zukunft

Bis zur Einführung des Rechts auf einen Freiwilligendienst bedarf es einer Steigerung der Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen sowie einer mehrjährigen Planungssicherheit auf einem erhöhten Niveau, damit die Träger der Freiwilligendienste nicht –

wie in 2024 – gezwungen sind, Seminargruppen und Einsatzplätze deutlich zu reduzieren, inklusive Angebote abzubauen und engagementinteressierte junge Menschen abzuweisen.

Die deutlich erhöhte Förderung sollte zukünftig das Bewerbungs- und Vermittlungsverfahren, die Öffentlichkeitsarbeit und ein systematisches Ehemaligenmanagement umfassen, um den Übergang in ein weiterführendes Engagement nachhaltig zu gestalten. Die Internetseite www.freiwillig-ja.de ist zu erhalten.

- **Mehrjährige Planungssicherheit**
- **Auskömmliche Finanzierung aller Freiwilligendienstplätze**

Bildungsjahr erhalten

Der Bildungs- und Orientierungscharakter wird im Freiwilligendienst durch hochwertige pädagogische Begleitung gewährleistet, um die Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Freiwillige können im Rahmen von Seminartagen ihre neuen Erfahrungen reflektieren, durch Fachwissen ergänzen, sich mit anderen Freiwilligen austauschen und die Themen in Bezug zu praktischen und gesellschaftlichen Kontexten stellen. Diese Form des lebensweltorientierten und non-formalen Lernens macht die Freiwilligendienste im Kern aus und ist Garant für die sehr große Beliebtheit aller Formate.

Im Rahmen der Debatten um eine Dienstpflicht wird betont, dass ein Dienst in erster Linie die Bedarfe der Gesellschaft erfüllen solle. Konstitutiv für Freiwilligen-

dienste ist aber ihre primäre Ausrichtung an den Interessen und Bedarfen der Freiwilligen und ihre Ausrichtung als Bildungsjahr. Die Freiwilligkeit des Dienstes sichert die Motivation der Freiwilligen und ihre nachhaltige Engagementbereitschaft und gewährleistet einen anhaltenden Benefit für die Einsatzstellen und die Gesellschaft. Die Freiwilligendienste wirken sich durch die intensive pädagogische Unterstützung während des Dienstes positiv auf die mentale Gesundheit aus und leisten außerdem einen Beitrag zur Bekämpfung von Einsamkeit. Pädagogische Fachkräfte müssen angemessen bezahlt, fortgebildet und gestärkt werden, um ihre Aufgabe kompetent zu erfüllen. Hierzu ist die Fortführung der erfolgreich etablierten, verbändeübergreifend tätigen Koordinierungsstelle Inklusion und Diversität unverzichtbar.

- **An den Bedarfen junger Menschen orientierter, freiwilliger Dienst**
- **Gestärkte pädagogische Begleitung durch Fachkräfte**

Orte demokratischer Bildung sichern

Extreme Positionen sind und bleiben zerstörerisch. Sie fördern Hass, Spaltung und diskriminierendes Denken und Handeln in unserer Gesellschaft. Freiwilligendienste schaffen Räume, in denen demokratisches Aushandeln eingeübt und in denen selbstverständlich mitbestimmt werden kann. In Freiwilligendiensten können ein partizipatives Miteinander und das aktive Einbringen in die Gestaltung der Gesellschaft eingeübt werden. Freiwilligendienste bauen damit auch eine Verbindung zu distanzierten jungen Menschen auf, die das Vertrauen in Staat, Demokratie und Institutionen verloren haben. Die Bildungsangebote der Freiwilligendienste bieten Räume für kritische Reflexion. Es gilt, diese auszubauen, um die Resilienz junger Menschen gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit zu erhöhen und sie in Krisensituationen zu stärken.



Demokratiebildung ist ein zentrales Querschnittsthema aller Seminartage: Die Reflexion gesellschaftlicher Widersprüche, die Entwicklung von Selbstwirksamkeit und die Erweiterung der eigenen Handlungsfähigkeit ziehen sich wie ein roter Faden durch alle pädagogischen Angebote. Eine Trennung von „politischer Bildung“ – die im Bundesfreiwilligendienst in Bildungszentren des Bundes abzuleisten ist – und anderen Seminartagen widerspricht gelebter Praxis. Der derzeitige Belegungszwang der Bildungszentren ist aufzuheben, um einem ganzheitlichen Ansatz der Demokratieförderung gerecht zu werden.

- **Erhalt von Freiräumen für politische Bildungsarbeit**
- **Zivilgesellschaftliche Verantwortung für die gesamte Bildungsarbeit**

Finanzielle Bedarfe der Freiwilligen ernst nehmen

Die Erfahrung zeigt: Die Teilnahme an einem Freiwilligendienst ist zu oft von ökonomischen Zugangsbedingungen abhängig. Gerade junge Menschen aus einkommensschwachen Familien können sich einen Freiwilligendienst häufig gar nicht leisten. Dieses Problem wird durch Inflation und steigende Lebenshaltungskosten weiter verschärft. Somit wird soziale Ungleichheit im Freiwilligendienst verstärkt. Deshalb benötigen Freiwillige ein deutlich höheres Taschengeld, das an den BAföG-Höchstsatz angelehnt ist. Das Taschengeld ist vom Bund zu übernehmen. So werden finanzielle Hürden und Exklusion abgebaut und die Freiwilligendienste inklusiver.

Der Freiwilligendienst verlangt viel Mobilität: Fahrten zur Einsatzstelle und zu den Seminaren oder Umzug. Deshalb und vor allem aus Gründen der Nachhaltigkeit muss Freiwilligen die kostenlose Nutzung von Nah- und Fernverkehr ermöglicht werden.

- **Übernahme eines erhöhten Taschengeldes durch den Bund**
- **Freie Fahrt für Freiwillige!**

Zugänge ermöglichen - Bildungsbiographie lebenslang stärken

Die schwierige Lage von Freiwilligen wird durch weitere Faktoren verschärft, etwa den unzureichenden Zugang zum Wohngeld oder die fehlende Befreiung vom Rundfunkbeitrag. Zudem mangelt es an gesellschaftlicher Anerkennung. Freiwillige engagieren sich für die Gesellschaft und sollten für ihre Leistung bessere Anrechnungsmöglichkeiten, wie Pflichtpraktikumsersatz oder doppelte Wartesemester, für ihre spätere Ausbildung oder Studium erhalten. Freiwilligendienste sind bundesweit einheitlich als berufsvorbereitendes Jahr und als Ersatz für die Berufsschulpflicht anzuerkennen.

Die Rahmenbedingungen für das Incoming in den Freiwilligendiensten sind zu verbessern, indem administrative Prozesse im Visavergabeverfahren vereinfacht und Einreisevisa für die gesamte Dauer des Freiwilligendienstes vergeben werden.

- **Zugangshürden abbauen**
- **Anerkennung stärken**



Unterstützer

BB:E
Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement